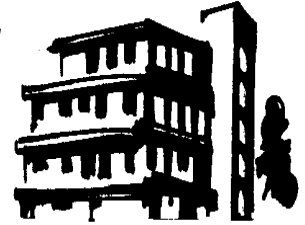


Unser Weg



44. Jahrgang

Nr. 365 - Okt./Nov. 2018

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

2 *Meine Meinung:*
Wohnungen bauen

4 *Immer wieder*
Senio

5 *Die Sparkassen-*
filiale bleibt
geschlossen

6 *Reinheim erhebt*
keine Straßenbeiträge

Shared Space in Reinheim

„Shared Space“: alle Verkehrsteilnehmer teilen sich einen gemeinsamen Verkehrsraum, anstatt Radweg, Fußweg und Fahrbahn voneinander abzugrenzen (in einem abgegrenzten Bereich). Seit einigen Jahren treiben die Grünen dieses Thema voran, und inzwischen ist es auch in der offiziellen Stadtplanung angekommen. Erster Kandidat für eine Einführung ist die nördliche Darmstädter Straße.

Auf der langen Bank

Die erste Veranstaltung im Juni 2017, die zweite im Juni 2018, danach eine Bürgerversammlung, auf der eine Arbeitsgruppe angekündigt wurde: das Thema bewegt sich in Reinheim nicht gerade mit Hochgeschwindigkeit. Auf Artikel im Darmstädter Echo folgten auch Befragungen einzelner Personen. Der allgemeine Tenor: bisher keine große Begeisterung sichtbar.

Magistrat und Verwaltung haben auch deutlich gemacht, dass allein schon wegen anderen Projekten wie der Erneuerung von Hahner Straße und der südlichen Darmstädter Straße der „Shared Space“ erst in ein paar Jahren kommen kann. Von daher: Freunde dieses Projektes brauchen jetzt erst einmal Geduld, den anderen bleibt die Hoffnung, dass das Ganze, auch wegen der Kosten, irgendwann mal auf der Strecke bleiben wird.

Nette Idee, aber...

Wer die Veranstaltungen mit Professor Gerlach besucht hat, der hat schon gemerkt: der Mann weiß wovon er spricht, und er propagiert keine Lösung vom Reißbrett, die

dann den Anrainern aufgedrückt wird. Die Erfahrungen aus anderen Orten zeigen erst einmal: es kann funktionieren, wenn man es will, und man kann es so ausgestalten, wie es vor Ort am besten passt.

Bei den vorgestellten Beispielen, die am besten gefallen, wird deutlich: hier hat man Stellen, an denen sich Menschen gerne aufhalten (würden), aufgewertet. Das Geschäftsleben und die Gastronomie haben davon profitiert, dass man sich auch als Fußgänger oder Radfahrer frei bewegen kann, ohne als Verkehrsteilnehmer immer an den Rand gedrängt zu werden. Und die Autofahrer wurden auch nicht vertrieben. Das wirft natürlich die erste Frage auf: ist die obere Darmstädter Straße so ein Ort, zu dem man gerne geht, oder gerne noch öfter gehen würde? Mir persönlich fallen

da eher andere Stellen in Reinheim ein, z.B. die Kirchstraße und der Stadtpark. Die können sicher eine Aufwertung vertragen, aber zugegeben: keinen Shared Space. Aber brauchen wir in der Darmstädter Straße z.B. noch mehr Sitzcafés, die dann den anderen in Reinheim Konkurrenz machen? Brauchen wir einen für einen 7-stelligen Betrag schick gepflasterten Platz gerade an dieser Stelle?

Shared Space auf dem Parkplatz

Von vielen Shared-Space-Propagandisten wird gerne der Parkplatz des Edeka-Marktes als positives Beispiel angeführt. Hier kommen sich Autofahrer, Radfahrer und Fußgänger tatsächlich sehr nahe, und die Schilder „Hier gilt die StVO“ werden anscheinend weitgehend ignoriert.

Fortsetzung Seite 2 unten



Meine Meinung

Wohnungen bauen!

Es ist notwendig, den Blick nach vorn zu richten. Jedoch ist es hilfreich, kurz Rückblick zu halten. Es geht um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Beschlossen – doch nicht umgesetzt

Im Rahmen der Haushaltsberatung für 2017 wurde am 6. 12. 2016 mit breiter Mehrheit einem SPD-Antrag zugestimmt. Da wird der Magistrat „mit der Veräußerung der städtischen Liegenschaft Teichweg 17 in Reinheim“ beauftragt. „Hier sollen Wohnungen zur Versorgung einkommensschwacher Familien entstehen.“...

Wurde das realisiert? Nein.

Ein Jahr später bei der Haushaltsberatung für 2018 (05. Dezember 2017) ein erneuter SPD-Antrag, der mit Mehrheit beschlossen wurde. Hier heißt es:

„Der Magistrat wird beauftragt, das städtische Grundstück „Teichweg 17“ in Reinheim einer Neubebauung zuzuführen und dabei die Vergabe nach Konzeptqualität vorzunehmen. Die Detailberatung und Vergabeempfehlung soll im Ausschuss für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Umwelt und Landwirtschaft erfolgen.“...

Der zuständige Ausschuss hat sich damit beschäftigt, zuletzt am 17. September 2018. Für den Antrag stimmten 2 Mitglieder, 4 dagegen, 2 enthielten sich. Das heißt: Die ursprünglichen Antragsteller sind vom eigenen Antrag aberückt. Und es passiert wieder nichts.

Was wollte die DKP-Fraktion mit ihren vier Stimmen?

Für den Haushalt 2017 wurde beantragt: „Das städtische Baugrundstück Teichweg 17 wird für die Planungen von Sozialwohnungen als Kapital der Stadt Reinheim für die im Kreis geplante Gesellschaft zum Bau von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung gestellt und eingebracht.“...

Dieser Antrag wurde mit 4 Ja- und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Für den Haushalt 2018 hat die DKP-Fraktion u. a. beantragt: „1. Das städtische Baugrundstück Teichweg 17 wird für die Planungen von Sozialwohnungen als Kapital von der Stadt Reinheim für die im Kreis geplante Gesellschaft zum Bau von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung gestellt und



eingebracht. ...

2. Sollte sich die Gründung der Kreis-Gesellschaft weiter verzögern oder gar nicht zustande kommen, wird der Magistrat beauftragt, mit anderen Gesellschaften zu verhandeln oder einen eigenständigen Bau zu realisieren.

3. Die vertraglichen Festlegungen werden der Stadtverordnetenversammlung bis 19. Juni 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt.“...

Abstimmungsergebnis: 4 Ja und 32 Nein – abgelehnt.

Schließlich hat die DKP-Fraktion unter der Überschrift „Leerstand vermeiden – Wohnraum schaffen“ einen Prüfungs-Antrag eingebracht, „ob und wie die Stadt Reinheim bei der Reaktivierung leerstehender Wohnungen behilflich sein kann.“...

Erfahrungen anderer Städte (Beispiel Aschaffenburg) sollten genutzt werden.

Herausgekommen ist eine Informations-Veranstaltung zum Thema „Worauf müssen private Vermieter achten, wenn sie Wohnraum vermieten?“ Der Vortrag war informativ.

Kommentar eines früheren CDU-Kommunalpolitikers mir gegenüber nach der Veranstaltung: „Die DKP hat mit ihrem Antrag eigentlich was anderes gewollt.“

Der Vortrag wird noch einmal angeboten.

Wir kämpfen weiter

Natürlich könnte man resignieren und die Hände in den Schoß legen. Doch das ist bekanntlich nicht unser Ding. Sauer kann man schon werden, wenn der Eindruck entsteht, dass ein Problem auf die lange Bank geschoben wird.

Die DKP-Fraktion wird erneut initiativ werden. Da lassen wir uns auch nicht vom dem „Argument“ überzeugen, wonach andere Gemeinden erst mal was tun müssten und wonach die Landesförderung zu gering sei.

Wer es wirklich ehrlich meint und bezahlbare Mietwohnungen bauen will, der muss jetzt konkret werden. Abrechenbar. Nicht nur in Worten. In Taten. Nicht nur vor Wahlen. Ansonsten bleibt das leeres Geschwätz.

Arno Grieger

Wenn man allerdings Leute von Edeka fragt, die sich auskennen, erfährt man folgendes: das ganze funktioniert jetzt so einigermaßen, nachdem man vor einigen Jahren eine deutliche Markierung, d.h. den schraffierten Fußgängerweg mitten über den Parkplatz angebracht hat. Also durch eine Trennung der Verkehrsströme. Ein Argument gegen Shared Space? Sicher nicht, weil aus der Darmstädter Straße eben kein Parkplatz werden soll (auf diese Idee

ist zumindest bisher noch niemand gekommen). Aber auf jeden Fall auch keine Stelle, von der man sagen könnte: „hier haben wir ja schon den Shared Space“.

Umgestaltung? Die Chancen nutzen

Keine Frage, dass die seltsame Wegführung im Bogen für Fußgänger bei der Edeka-Parkplatzeinfahrt schnellstens verschwinden sollte. Shared Space oder nicht: an dieser Stelle ist eine Umgestaltung auf

jeden Fall angesagt. Dabei sollten dann aber auch die Missstände der bisherigen Planung beseitigt werden: die Problematik „Schranke runter – Zug weg“, und der weitläufige Fußweg zwischen Park+Ride-Parkplatz und Bahnhof über die Fußgängerampel südlich der Bahnschranke. Wenn an dieser Stelle Hand angelegt wird: dann bitte auch richtig.

Friedrich Kammer

Wohnrecht ist Menschenrecht

Gerade in Zeiten von Wahlkämpfen wurde und wird viel über Wohnungsbau geredet – doch es wird viel zu wenig getan. Wenig hilft den Betroffenen, wenn die Verantwortungen zwischen dem Bund, den Ländern, den Städten und Gemeinden hin und her geschoben werden. Das ähnelt einem Verschiebe-Bahnhof, aber nicht einer verantwortungsvollen, lösungsorientierten Politik für die Menschen.

Die DKP-Fraktion hatte begrüßt, dass der Landkreis mit einer eigenen Gesellschaft

Bau und Verwaltung von Wohnungen betreiben wollte. Eine kreis-eigene Gesellschaft hat in den einzelnen Gemeinden kaum Unterstützung gefunden, so dass es über die Idee hinaus nicht zur Gründung gekommen ist.

In den letzten beiden Jahren wurden in den Haushaltsberatungen dennoch Beschlüsse gefasst – nur zum Bau von Mietwohnungen ist es nicht gekommen. Nunmehr war zu lesen, dass die GEWOBAU (Pfungstadt) ihr Geschäftsfeld jetzt

auch auf andere Gemeinden ausdehnt. Das könnte eine Chance sein, um bezahlbare Mietwohnungen zu bauen.

Schließlich gibt es in unserer Stadt nicht nur über 40 Bauplatz-Suchende. Es gibt auch über 40 Mietwohnungs-Suchende, die sich bei der Stadtverwaltung gemeldet haben. Doch viele suchen auf eigene Faust. Gerade auch diesen Mietwohnungs-Suchenden muss die Kommunalpolitik verpflichtet sein. Denn: Wohnrecht ist Menschenrecht.

Arno Grieger

Der Verkehr läuft immer noch verkehrt

Zur Erinnerung: Mit einer Petition hatte sich die „Initiative Reinheim ohne LKW Durchgangsverkehr“ an den Hess. Landtag gewandt. Vier Forderungen wurden gestellt:

1. Umleitung des Lkw-Durchgangsverkehrs der B 426 über die B 38 und die B 26 zur B 45.
 2. Anordnung eines Durchfahrtsverbots für Lkw mit Ausnahme des Lieferverkehrs.
 3. Anordnung eines Nachtfahrverbots für Lkw zwischen 22.00 Uhr und 8.00 Uhr
 4. Sofortige Anordnung von Tempo 30 km/h für Lkw
- Beschlossen wurde am 27.9.2017 vom Petitionsausschuss des Hess. Landtags:

„Nach dem Ergebnis dieser Prüfung kommt aus rechtlichen Gründen allein die Anordnung einer ganztägigen Geschwindigkeitsbeschränkung für Pkw und Lkw der B 426 in der Ortsdurchfahrt von Reinheim in Betracht.“

„Unser Weg“ hatte dazu in der Jan./Febr. Ausgabe geschrieben: Initiative ohne LKW-Durchgangsverkehr hat ersten Erfolg – Tempo 30 für Reinheim

Die Schilder stehen seit einiger Zeit – Geschwindigkeit wird gemessen – Strafzettel werden verteilt. Doch für die Betroffenen ist die Situation nach wie vor unerträglich. Sie meinen, das kann es nicht gewesen sein.

Es geht um die Lebensqualität und die Gesundheit der Menschen, die Tag für Tag mit dem Lärm und den Abgasen leben müssen.

Deswegen:

Die weiteren Forderungen der Petition bleiben auf der Tagesordnung.

Renate Grieger



Immer wieder SENIO

Viel Aufregung um Beteiligung und Einbeziehung von Parlamenten.

Begriffe wie „Maulkorb“, „Gängelband“, „imperatives Mandat“? werden verbreitet.

Worum geht es?

Beginnen wir 2002:

Als die Seniorendienstleistungs-gGmbH Gersprenz 2002 vor dem Ruin steht, gründen die beteiligten Kommunen und der Landkreis zur Rettung den Zweckverband SENIO. Die „Gersprenz gGmbH“ ist jetzt nur Pflegeleistungen.

SENIO übernimmt alle Immobilien, alle Schulden und die Führung der öffentlichen ortsübergreifenden Altenpflege im Osten des Landkreises. Die Geschäfte übernimmt der SENIO Vorstand. Die SENIO Verbandsversammlung fasst die Beschlüsse. Die Verbandsversammlung ist besetzt mit 18 Vertretern der Mitgliedskommunen und gewählten Vertretern des Kreises.

Die Mitgliedskommunen sind: Eppertshausen, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Zimmern, Groß-Umstadt, Otzberg, Reinheim, Münster.

Jede Kommune hat 2 Vertreter, der Kreis ebenso. Die Vertreter (sowie für den Verhinderungsfall Stellvertreter) werden in den einzelnen Parlamenten gewählt. Reinheim hat 37 Stadtverordnete und kann 2 Vertreter wählen. Die DKP mit ihren 4 Stadtverordneten hat in diesem Fall keine Chance einen Vertreter zu stellen. In Reinheim wurde folgendermaßen gewählt: Listenverbindung SPD und Grüne stellen je einen Verbandsvertreter und einen Stellvertreter. Die CDU hat gemeinsam mit dem Reinheimer Kreis eine Listenverbindung gemacht und hat auch je einen.

Allerdings sind mittlerweile alle CDU-Vertreter, die auf der Liste gewählt wurden, als Stadtverordnete zurückgetreten, so dass noch die Reinheimer-Kreis Vertreter zur Verfügung stehen.

Soweit die Erklärung zur aktuellen Situation was die Vertretung in der Verbandsversammlung aus Reinheim betrifft.

Die Schieflage der Senio

Ein Balkon kracht runter beim Neubau

der Anlage in Groß-Bieberau und die gesamte etwas zur Ruhe gekommene Altenpflegeeinrichtung „Gersprenz gGmbH“ und die Senio sind wieder Tagesgespräch. Wiederum geht es um Zuständigkeiten, es geht um Baumängel, es geht um Geldverschwendung usw.

Die Vertreter in den Kommunen, die ja letztendlich Gelder zur Verfügung stellen, fordern Aufklärung. Die Betreuung der Seniorinnen und Senioren mit guter Qualität ist der Maßstab. Deswegen ist natürlich wichtig, was die Verbandsversammlung jetzt für Schritte unternimmt, um die Fehlplanungen und die Mangelwirtschaft aufzuklären. Es reicht nicht, wenn die Zeitung der Informant für Parlamentarier ist.

Es wird in unterschiedlichen Gremien Diskussion eingefordert und es wird gefordert, Entscheidungen nicht nur zu hinterfragen, wenn sie gefallen sind. Es muss auch gewährleistet sein, dass in dem Fall Reinheimer Interessen einfließen können.

Das geht nur, wenn es in parlamentarischen Gremien diskutiert wird. Das können Ausschüsse sein, das kann das Parlament sein.

SPD/Bündnis 90/Die Grünen Antrag

Dazu stellen SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag. Es heißt, „dass sich die von ihr gewählten Mitglieder der Verbandsversammlung des SENIO-Zweckverbandes in ihrem Abstimmungsverhalten bezüglich der Abstimmung zu den **Wirtschaftsplänen und zur Besetzung des Vorstandes gem. § 15 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG)** an die Vorgaben des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Reinheim zu halten haben...“

DKP Ergänzungsantrag wurde eingebracht

1. Das Thema SENIO soll Bestandteil jeder Ausschuss-Sitzung sein.
2. Aufklärung der Verantwortung der Verantwortlichen
3. Unbeschadet der Übertragung an den Ausschuss obliegt es der Stadtverordnetenversammlung in als besonders wichtig angesehenen SENIO-Angelegenheiten

sich damit zu befassen.

Diese Ergänzungen wurden in den Ursprungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen.

Das Ergebnis ist jetzt:

SENIO Zweckverband ist ständiger Tagesordnungspunkt im Haupt- und Finanzausschuss in Reinheim.

Es soll eine Information durch die Reinheimer Verbandsversammlungsvertreter erfolgen.

Mit rechtzeitiger Information und Kenntnis der Situation soll möglichst verhindert werden, dass es nicht wieder so wird, wie damals im Prozess gegen den damaligen Geschäftsführer der „Gersprenz“. Die Staatsanwaltschaft stellte damals fest, „dass inkompetenz nicht strafbar ist.“

Da die Ausschuss-Sitzungen – genau wie die Stadtverordnetensitzungen - öffentlich sind, können sich alle, die Interesse haben, die neuesten SENIO Informationen anhören.



Renate Grieger

Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),
Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre
Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto
R. Grieger

IBAN: DE82 5085 2651 0075 1316 31

Ueberau:

Die Sparkassenfiliale bleibt geschlossen

In der April Ausgabe von „Unser Weg“ haben wir den Artikel mit der Überschrift „Die Sparkasse im Dorf lassen! beendet mit dem Satz: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

„Unser Weg“ fragte Walter Eckert, DKP, Ortsvorsteher von Ueberau: Haben jetzt alle, die um den Erhalt der Sparkassenfiliale gekämpft haben, verloren?

Kurz und knapp sagt Walter Eckert: „Nein, wir haben nicht verloren. Aber das Vertrauen in die Politik und die Wirtschaft hat verloren.“

Weiter meinte er gegenüber „Unser Weg“: „Wir haben über 850 Unterschriften gesammelt, es gab viele Menschen, die Unterschriftslisten wollten. Viele gingen von Haus zu Haus und es gab eine positive Resonanz. Es gab aber auch immer wieder Zweifel, ob es denn überhaupt was bringt? Die da oben machen doch was sie wollen. Es gab schon



eine Stimmung, die teilweise auch Resignation zum Ausdruck brachte. Ich kann nur sagen, dass es gerade deswegen so wichtig war, die Menschen einzubeziehen.

Als Ortsbeirat haben wir zwei Gespräche beim Landrat gehabt, der auch Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse ist. Beim zweiten Gespräch

war auch Herr Neßler vom Vorstand der Sparkasse dabei. Wir haben die Argumente der Bürgerinnen und Bürger vorgebracht. Es hat nichts genutzt.

Vereinbart wurde, dass die Sparkasse noch eine Veranstaltung zur Schulung bzw. Information durchführt. Das war im Juni. Jetzt ist Oktober. Soll ich das jetzt noch kommentieren?“

„Seht euch mal den Wembach an ...“

Manche können sich noch erinnern. Die Kindergarten-Kinder haben zur feierlichen Eröffnung des Wasser-Erlebnisbandes sehr schön gesungen.

Es schien ja auch eine feine Sache zu sein: Treppenstufen reichen hinunter bis zum Wasser. Geradezu einladend für Kinder – so sollte man meinen.

Doch Schlamm und riesiger Bewuchs verändern das ursprüngliche Bild. Anwohner sprechen auch davon, Ratten gesehen zu haben.

Auf jeden Fall ist von den ursprünglichen Absichten wenig übrig geblieben. Bedenkt man, dass die Baumaßnahme eine ziemliche Summe an eigenen Steuergeldern und EU-Fördermitteln verbraucht hat, muss man schon fragen, wie es da weiter gehen soll. Einmal im Jahr grob mähen – das dürfte zu wenig sein.

Selbstverständlich gilt das auch für den Dilsbach in Spachbrücken.



Frohe Botschaften...

Reinheim erhebt keine Straßenbeiträge

Für erneuerungsbedürftige Straßen in Reinheim werden keine Straßenbeiträge erhoben.

Bürgermeister Hartmann als Überbringer der „frohen Botschaft“ erfreut die Bürgerinnen und Bürger. So nachzulesen in der ein oder anderen Zeitung.

Dabei muss man wissen: Die von Bürgermeister Hartmann geplanten Vorbereitungen für wiederkehrende Straßenbeiträge wurden verhindert.

Es war die Zeit der Auseinandersetzung

in der SPD. Es gründete sich der „Reinheimer Kreis“ und die Koalition von SPD und Grünen hatte keine Mehrheit mehr. Die DKP stellte damals den Antrag, dass kein Geld für die Vorbereitung zur Berechnung von wiederkehrenden Straßenbeiträge ausgegeben werden solle. „Heftige Debatte“

Im Darmstädter Echo konnte man damals lesen: „Das Parlament hat am Dienstag mit Stimmen von CDU, Reinheimer

Kreis, DKP, FWG und FDP beschlossen, alle Vorbereitungen für eine Satzung einzustellen.

Vorausgegangen war eine heftige Debatte.“

Am Ende der Debatte sagte Bürgermeister Hartmann: „Wenn sie diesen Weg beibehalten, müssen sie sich vor der Reinheimer Bürgerschaft verantworten“. Diese Verantwortung übernehmen wir gerne.

Sperrung der Straße Ueberau-Wersau „Kühler-Grund“:

Folgender Hinweis eines Lesers ging uns zu:

„Die oben angegebene Straße wurde gleichzeitig mit Beginn der Sanierungsarbeiten der Hauptstraße in Groß-Bieberau teilweise gesperrt und zwar von Montags 6.00 Uhr bis Freitags 17.00 Uhr. In dieser Zeit ist von Ueberau aus die Fahrt zur Hundertmorgen und vom „Kühlen-Grund“ die Fahrt zur Hippelsbach

möglich—die Strecke Hundertmorgen-Hiippelsbach ist gesperrt. Mittlerweile sind die Sanierungsarbeiten in Groß-Bieberau abgeschlossen, die Sperrung aber nicht aufgehoben, man muss also, wenn man oft nach Ueberau fährt, wochentags den weiten Weg über Reinheim nehmen, obwohl im Gegensatz zum durchgangsfreien Wochenende so gut wie keine Wanderer und Fahrradfahrer unterwegs sind.“



Geheimdienste:

Provokationen und braune Traditionen

Spätestens seit dem „Fall Maaßen“ ist die Rolle der Geheimdienste wieder im Blickfeld der Öffentlichkeit.

DIE ZEIT (19. September 2018) bringt es kurz und knapp auf den Punkt: „Im Verborgenen Gutes tun!“ So wirbt der Verfassungsschutz um neue Mitarbeiter. Dabei hat er der Demokratie seit seiner Gründung 1950 mehr geschadet als genutzt.“

Wo kommen sie her, was haben sie sich schon alles geleistet, diese „Schlapphüte“?

Vieles unaufgeklärt

Zur Rolle des Verfassungsschutzes bei den Nazi-Mördern, die sich NSU nannten, ist noch vieles unaufgeklärt. Ein Nebenkläger-Anwalt berichtete, es seien „Akten verschwunden worden“. Und was an brisanten Akten nicht verschwunden ist, wurde auch einfach mal geschreddert. Andere Akten wurden für 120 (einhundertzwanzig) Jahre weggesperrt.

Fakt ist, dass die V-Leute nicht nur mit Geld versorgt wurden. Der Verfassungsschutz hielt auch seine „schützende Hand“ über sie, um Anklagen zu verhindern.

(Nachzulesen im Buch des Nebenkläger-Anwalts Mehmet Daimagüler, Empörung reicht nicht!)

Vieles geklärt

Manche „Tat“, die irgendwelchen politisch links stehenden Gruppen in die Schuhe geschoben werden sollte, erwies sich als Provokation von Verfassungsschutz-Agenten.

Erinnert sei an das Bremer Rekruten-Gelöbnis, die Krefelder Krawalle, das Celler Loch oder auch die Startbahn West. Nicht zu vergessen die Sprengstoff-Belieferung an die RAF.

Braune Traditionslinien

Ungebrochen nach 1945 gab es eine braune personelle Traditionslinie. Selbstverständlich waren Seilschaften, die sich gegenseitig deckten und beförderten. Und wenn wieder einmal ein Belasteter mit Nazi-Vergangenheit aufgedeckt wurde, dann gab es Versetzung in ein anderes Amt – natürlich bei Wahrung der Pensions-Ansprüche.



Auch das BKA...

Am 8. August 2007 hielt der **Präsident des Bundeskriminalamtes BKA, Jörg Ziercke**, ein recht aufschlussreiches Referat. Hieraus sei zitiert:

...“Nach dem Krieg bilden 48 Beamte des ehemaligen Reichskriminalpolizeiamtes den Kern des am 1. Januar 1946 gegründeten Kriminalpolizeiamtes für die Britische Zone. Dessen Belegschaft wurde wiederum 5 Jahre später – am 8. März 1951 – in das neugegründete Bundeskriminalamt überführt.

Nach bisherigen Erkenntnissen waren Ende der 50er Jahre im Bundeskriminalamt fast alle leitenden Positionen mit ehemaligen Nationalsozialisten (und SS-Führern) besetzt: von 47 Führungsbeamten 33 ehemalige SS-Führer, darunter 2 Sturmbann- und 20 Hauptsturmführer. ...

Wie konnte es dazu kommen, dass die Entnazifizierung in der Polizei ganz offensichtlich nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt worden ist? Die politisch Verantwortlichen glaubten damals – insbesondere vor der sich zuspitzenden Situation des Kalten Krieges – nicht auf einschlägige Experten verzichten zu können. ...

Es gibt gesicherte Hinweise darauf, dass Cliquen und Seilschaften, die während der NS-Zeit entstanden waren, auch nach dem Krieg zusammenhielten und sich gegenseitig bei der Wiedereinstellung in die Polizei geholfen haben....

Die Polizei stand mit dem Modus ihrer Vergangenheitspolitik während der 50er Jahre nicht allein da. Vielmehr kann ihr Verhalten als repräsentativ für den Umgang westdeutscher Funktionsebenen mit der NS-Vergangenheit der eigenen Mitglieder gelten.“

So weit Jörg Ziercke, BKA-Präsident im Jahr 2007.

Wer schützt uns vor'm Verfassungsschutz?

Diese Frage bleibt berechtigt. Auch bei der Anwendung des sogenannten Radikalen-Erlasses gegen Sozialisten, Kommunisten und andere Demokraten im öffentlichen Dienst spielte und spielt der Verfassungsschutz eine aktive Rolle. Gegen viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst wurden Berufsverbote verhängt.

Doch die Bespitzelungs-Akten des Verfassungsschutzes wurden den Betroffenen nicht zur Einsicht gegeben – auch nicht nach schriftlichen Eingaben.

Es muss Schluss sein mit der Bespitzelung. Die Akten müssen den Betroffenen zugänglich gemacht werden – und zwar ungeschwärzt! Und die Berufsverbots-Betroffenen müssen rehabilitiert und entschädigt werden.

Viele vermuten, dass das in Hessen eigentlich eine demokratische Selbstverständlichkeit sei. Doch die Realität sieht anders aus.

Arno Grieger

(Verfassungs-Schutz-Akte mehrfach schriftlich angefordert, doch nie erhalten)

Über
www.dkp-reinheim.de
erreichen Sie uns auf



UEBERAU 1933

Irma Poth zur Erinnerung – und Mahnung für heute

„Es war nach der Wahl am 5. März 1933“, erzählte Irma Poth, DKP-Stadtverordnete aus Ueberau. „In lautstarken Demonstrationen zogen die Nazianhänger in und ohne Uniform durch die Straßen von Ueberau und brüllten ihrem Vorsprecher: Was gibt es mit den Nein-Wählern? als Antwort zu: Aufhängen!

Am 9. März 1933 hatten die SA und SS ganz Ueberau umstellt und bei vielen, vor allem Kommunisten, Hausdurchsuchungen vorgenommen, Anwesen durchwühlt und Arbeiter aus den Häusern geholt. Meinen Vater schleiften sie auf einen SA- oder SS-Mannschaftswagen und fuhren ihn durch Ueberau und Reinheim. Er musste die Hitlerfahne halten und die fanatischsten Faschisten brüllten ihm immer wieder ihr „Heil Hitler“ entgegen. In ähnlicher Weise verfahren sie am gleichen Abend mit einem Ueberauer Druckereiarbeiter, den sie am Bahnhof abholten. Dieser damals junge Kommunist ist im Krieg gefallen und ich frage mich heute manchmal: Ob eigentlich dessen Angehörige ihren Kindern und Kindeskindern überhaupt mal davon erzählt haben? Wir waren mit drei Kindern zu Hause, und immer wieder war es schlimm für uns, dass Vater in einer solchen Art und Weise behandelt und gedemütigt werden sollte. Was hat meine damals vierjährige Schwester einmal für einen furchtbaren Weinkrampf gehabt!

Am 20. April 1933 wurde mein Vater erneut mit dem Borger Georg geholt und mit weiteren Kommunisten von Darmstadt und Umgebung nach Osthofen ins KZ gebracht. Er war dort wochenlang wie viele Sozialdemokraten, Christen, Juden und anderen Hitlergegner festgehalten.

Wie das alles so abgelaufen ist, auch dazu ein Beispiel, was er mir erzählte: „Wir waren zu viert oder fünft auf dem Lastwagen. Bei Darmstadt mussten wir runter. Wie wir später erfuhren, holten sie den Fröba Georg und andere Kommunisten von Darmstadt. Um sich die Zeit zu vertreiben, hat das Nazikommando mit uns regelrechtes Kesseltreiben betrieben. Wir wurden wie Vieh gejagt und mit der Schusswaffe bedroht. Große Sorge und Angst hatten wir in unserer Familie in der Prozesszeit von Fröba Georg. Damals bekam Vater eine Vorladung zum Prozess und wir alle verspürten, dass es diesmal um das Leben ging. Vater hinterließ bei Mutter eine Abgabestelle seiner Arbeitstasche in Darmstadt. Wenn sie abgeholt ist, braucht ihr euch keine Sorgen mehr zu machen. Offensichtlich ging alles so in Ordnung, wie er es erhofft hatte. Uns allen heute ist bekannt: Fröba Georg wurde Ende 1944 in Preungesheim hingerichtet. Er hat den unmenschlichen Methoden der Nazis standgehalten und niemand verraten. Und deshalb und nur deshalb blieben viele Kommunisten auch aus unserem Heimatbereich am Leben. Schlimm für mich heute ist, dass nach 50 Jahren all dieser Verbrechen an so hervorragenden deutschen Menschen wie auch den Kommunisten, Artikelschreiber immer wieder versuchen, die kommunistischen Widerstandskämpfer erneut zu kriminalisieren. So wie es Hitler auch gemacht hat. Hat man immer noch nichts aus der Geschichte gelernt?

*Quelle: UNSER WEG – abgedruckt in
UEBERAU – Das Rote Dorf*